

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Familie, Generationen, Gesellschaft
Effingerstrasse 20
3003 Bern

18. Januar 2011

**Pa. Iv. Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage, welche von der EVP grundsätzlich begrüsst wird. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit verdient die Erwähnung in der Verfassung, auch wenn diese Forderung allein natürlich keine „umfassende Familienpolitik“ begründen kann.

1. Grundsätzliche Bemerkungen

Die EVP ist sehr einverstanden mit der Schaffung eines eigentlichen Familienartikels in der Verfassung. Zum einen geht die Familienpolitik als Querschnittsaufgabe oft vergessen, zum anderen verlangen Demographie und Situation der Familien in der Schweiz nach einer umfassenderen Familienpolitik. Die heutige Verfassungsbasis bezüglich Familie ist in der Tat mager und beschränkt sich im Wesentlichen auf die Themen Mutterschaftsversicherung und Familienzulagen.

Ein neuer Verfassungsartikel zur Familienpolitik darf sich allerdings nicht auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit beschränken. Die Forderung ist zweifelsohne wichtig und wird von der EVP unterstützt. Doch Familienpolitik ist mehr als familienfreundliche Arbeitsbedingungen, Tagesstrukturen und familienergänzende Betreuungsangebote. Der Ausgleich der finanziellen Mehrbelastung für Familien, insbesondere die Unterstützung einkommensschwacher Familien, sowie die Stärkung des Familienlebens sind für die EVP unverändert Herausforderungen, die es zu lösen gilt.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Absätzen

2.1. Artikel 115a Absatz 1: Bund nimmt Rücksicht auf die Familie

Mit dieser Bestimmung wird die bestehende Formulierung in BV Art. 116 (Familienzulagen und Mutterschaftsversicherung) in den neu zu schaffenden Art. 115a verschoben. Das ist vom Aufbau und der Logik her sicher richtig, bedeutet aber keine inhaltliche Änderung der BV.

2.2. Artikel 115a Absatz 2: Bedarfsgerechtes Angebot an Tagesstrukturen

Nach Absatz 2 haben Bund und Kantone neu die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu fördern und insbesondere für ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen zu sorgen. Die EVP unterstützt alle Bemühungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und begrüsst es deshalb, dass die entsprechende Verantwortung von Bund und Kantonen in der Verfassung festgehalten wird. Sie weist allerdings darauf hin, dass es mit den Tagesstrukturen allein nicht getan ist (was im Wörtchen „insbesondere“ ja auch angedeutet ist).

Hingegen regt die EVP eine bessere Klärung der Kompetenzen an. Die vorgeschlagene Formulierung „Bund und Kantone sorgen für ein bedarfsgerechtes Angebot an Tagesstrukturen“ ist diesbezüglich ungenügend. Wer soll denn nun für Tagesstrukturen sorgen (und diese letztlich auch finanzieren)? Der Bund oder die Kantone? Die EVP schlägt deshalb vor, Art. 115a Abs. 2 wie folgt zu präzisieren:

Art. 115a Familienpolitik
2 Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. **Die Kantone** sorgen insbesondere für ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen.

Damit wären die Zuständigkeiten klar festgelegt. Die Tagesstrukturen lägen wie bis anhin in der Kompetenz der Kantone. Wichtig ist hingegen der in Abs. 3 festgelegte Grundsatz, dass sich der Bund an den Massnahmen der Kantone finanziell beteiligen kann. Damit ist sichergestellt, dass der Bund beispielsweise sein Engagement zur Anstossfinanzierung von Kindertagesstätten wie beschlossen weiterführen kann.

Beim Angebot und der Finanzierung von Tagesstrukturen ist ferner unbedingt darauf zu achten, dass Eltern, welche ihre Kinder selber betreuen, nicht benachteiligt werden. Wenn sich die öffentliche Hand am Angebot von Tagesstrukturen beteiligt und Eltern, welche dieses Angebot in Anspruch nehmen, ihre Beiträge dann auch noch von den Steuern absetzen können, liegt eine doppelte Subventionierung vor, die in dieser Höhe nicht gerechtfertigt ist. Die Wahlfreiheit zwischen Eigen- und Fremdbetreuung muss unabhängig von steuerlichen Anreizen gewährleistet sein. Die EVP hat bei der Vernehmlassung zur Familienbesteuerung im Jahr 2009 gefordert und bekräftigt ihre Haltung hiermit, dass der Fremdbetreuungsabzug auf 6000 Franken pro Kind und Jahr zu begrenzen ist und gleichzeitig bei der direkten Bundessteuer und im Steuerharmonisierungsgesetz ein Eigenbetreuungsabzug von 3000 Franken pro Kind und Jahr eingeführt wird.

2.3. Artikel 115a Absatz 4: Harmonisierung der Alimentenbevorschussung

Hingegen unterstützt die EVP den Minderheitsvorschlag für eine Harmonisierung der Alimentenbevorschussung in Abs. 4. Es sollte in der Tat nicht abhängig vom Wohnkanton sein, ob und wie rasch Alleinerziehende eine Bevorschussung erhalten.

3. Vorschlag für weitere Bestimmungen

Soll der Familienartikel in der Verfassung tatsächlich die Basis für eine umfassende Familienpolitik legen können, müsste er nach Erachten der EVP weitere Bestimmungen enthalten. Im Gegensatz zum erläuternden Bericht erachtet die EVP nämlich auch die Handlungsfelder „Kinder als Armutsrisiko“ und „Stärkung des Familienlebens“ nicht als abgeschlossen. Nachstehend mögliche Ergänzungen des geplanten Familienartikels:

- *Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit gehört auch die Förderung und Schaffung von mehr Teilzeitstellen und Job-Sharing-Angeboten (auch in der öffentlichen Verwaltung). Die fehlenden Teilzeitstellen sind ein mindestens so grosses Problem wie die fehlenden Krippenplätze.*
- *Die EVP fordert die Schaffung eines zweiwöchigen, bezahlten Vaterschaftsurlaubes.*
- *Heute zahlen Verheiratete mehr Steuern als Unverheiratete und bekommen weniger AHV. Diese Diskriminierung der Ehe ist ungerecht. Alle steuerlichen Benachteiligungen von Ehepaaren gegenüber anderen Lebensgemeinschaften müssen abgeschafft werden. Bei den Steuern heisst die Lösung Familiensplitting, bei der AHV muss gelten: eine Person, eine Rente.*
- *Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, dürfen nicht diskriminiert werden gegenüber Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Sie haben Anrecht auf einen Steuerabzug, weil sie durch die Betreuung der Kinder auf Lohneinnahmen verzichten. Bei der Vernehmlassung zur Familienbesteuerung im 2009 hat sich die EVP dafür verwendet, dass der Fremdbetreuungsabzug auf CHF 6000 pro Kind und Jahr limitiert wird und gleichzeitig bei der direkten Bundessteuer und im Steuerharmonisierungsgesetz ein Eigenbetreuungsabzug von CHF 3000 pro Kind und Jahr geschaffen wird. Die EVP bekräftigt diese Forderung an dieser Stelle.*
- *Kinder sind nach wie vor der häufigste Armutsgrund. Working Poor und/oder Alleinerziehende kommen trotz vorhandener Anstrengungen finanziell kaum auf einen grünen Zweig und ihre Kinder haben erhebliche Nachteile hinsichtlich Chancengleichheit hinzunehmen. Es ist aber nicht einsichtig, weshalb der Staat AHV- und IV-Rentenbeziehende mittels EL besser stellt als bedürftige Familien, welche allenfalls Sozialhilfe beziehen können, mit diesen aber ein wesentlich tieferes Niveau erreichen als Rentenbeziehende mit Ergänzungsleistungen. Es ist deshalb sozialpolitisch zwingend, dass die EL für bedürftige Familien geöffnet werden (Tessiner Modell).*

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier